

Richard Saage

Das „Dritte Reich“ und die historische Identität der Deutschen

Prof. Dr. Richard Saage, geb. 1941 in Tülan (Niedersachsen), Studium von Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Frankfurt/M. und Cambridge (USA), lehrt seit 1984 Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

I.

Die Nazis haben den 30. Januar 1933 als Tag der „Machtergreifung“ gefeiert. In Wirklichkeit war das, was sich vor 56 Jahren in Deutschland ereignete, eine „Machtübergabe“. Reichspräsident von Hindenburg, unterstützt von großen Teilen der Großindustrie, des Großgrundbesitzes, des Heeres und des Staatsapparates, hatte sich entschlossen, Hitler zum Kanzler eines Präsidialkabinetts zu ernennen. Auch wenn man hoffte, ihn und die NSDAP im Rahmen einer Koalitionsregierung mit den Deutschnationalen „einrahmen“ zu können, steht außer Frage: Der 30. Januar 1933 signalisiert einen moralischen und politischen Tiefpunkt großer Teile der bürgerlichen und adligen Oberschicht in Deutschland. Die Nazis haben ihr antidemokratisches Politikverständnis und ihre menschenverachtenden und verbrecherischen Ziele in Wort und Schrift offen verkündet: Jeder, der hören und lesen konnte, mußte wissen, mit wem er sich einläßt, wenn er Hitler zur politischen Macht verhalf. „Diese Komplizenschaft von Nationalsozialismus und traditionellen Eliten ist der politische Skandal, der seitdem den deutschen Namen belastet“, schreibt mit großem Recht der Göttinger Politikwissenschaftler Walter Euchner. „Beamte und Hochschullehrer, die mit jüdischen und sozialdemokratischen Kollegen reibungslos zusammengearbeitet hatten, nahmen ungeniert hin, daß diese aus dem Dienst entlassen, ins Exil getrieben oder ins KZ eingeliefert wurden. Hilferufe verhallten ungehört. Jüdische Rechtsanwälte, Künstler und Gelehrte von Weltruf, hochgeschätzte Mitglieder der Gesellschaft, wurden aus Berufsverbänden und Kammern ausgestoßen, ohne daß sich ein Finger für sie

gerührt hätte. Es war, so erinnerte sich vor einigen Jahren (...) der ehemalige Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz - eine der großen Figuren der deutschen Nachkriegsgeschichte, der jüdischer Abstammung war -, als würden in einer Abendgesellschaft immer wieder Menschen weggeführt und im Nebenzimmer erschossen, und die Zurückgebliebenen sagten hinter vorgehaltener Hand: ‚Schrecklich, schrecklich‘, und tafelten sodann weiter wie zuvor. Und dies trotz der Schulung der Eliten am deutschen Idealismus, an den Tugenden des Preußentums, an den ausgefeilten protestantischen und katholischen Theologien, an den unsterblichen Zeugnissen der deutschen Kunst, Literatur und Musik. Daß trotz dieser kulturellen Tradition sich Deutsche derart verhalten haben, ja zu Komplizen der Nazis geworden sind, können die Völker, die die deutsche Kultur nach wie vor bewundern, nicht verstehen (...).“¹

Wie konnte es zu dieser Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins der traditionellen Macht- und Bildungseliten in Deutschland kommen? Und welche Konsequenzen haben die Führungsschichten von damals und ihre Nachkommen aus dieser moralischen Katastrophe nach 1945 gezogen? Damit sind die beiden entscheidenden Fragen benannt, auf die ich mich konzentrieren möchte. Dir Gewicht ist aus zwei Gründen nicht hoch genug einzuschätzen. Mit nur wenigen Ausnahmen mußte sich ein Volk von 80 Millionen Menschen nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ eingestehen, daß es durch aktive Teilnahme oder passives Hinnehmen in die Verbrechen des Regimes verstrickt war.² Doch verschwiegen werden darf nicht, daß Hitler zu keinem Zeitpunkt in freien Wahlen die absolute Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter sich hatte. Hinzu kommt, daß es in der Weltgeschichte bisher noch keine voll emanzipierte Gesellschaft gegeben hat. So lange aber das Kantsche „Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“³ noch nicht zur Grundausrüstung eines jeden einzelnen gehört, begründet das Denken und Handeln der sozial herrschenden Eliten in der Regel eine besondere Verantwortung für die politische Kultur eines Landes. Mir ist unverständlich, wie ein bedeutender Soziologe vom Rang Karl Mannheims die These aufstellen konnte, daß der Prozeß der sogenannten „Fundamentaldemokratisierung“ die politischen Eliten im 19. und 20. Jahrhundert emotionalisiert habe.⁴ Die Emotionalisierung war nicht das Werk der Massen, sondern das der imperialistisch gewordenen bürgerlichen Oberschicht und ihrer intellektuellen Wortführer. Diese These möchte ich zunächst am Beispiel des Politik- und Demokratieverständnisses von Max Weber und Carl Schmitt

1 Walter Euchner: Die Naziherrschaft - eine Normaltyrannie? Über den Mißbrauch geschichtsphilosophischer Deutungen, in: „Historiker-Streit“. Die Dokumentation um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 6. Auflage, München/Zürich 1988, S. 357 f.

2 Vgl. Wolfgang Kuhmann: Einleitung zu: Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus. Hrsg. v. Forum für Philosophie, Bad Homburg/Frankfurt 1988, S. 10.

3 Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: ders., Werke in zehn Bänden. Hrsg. v. Wilhelm Weischedel, Bd. 9, Darmstadt 1968, S. 53.

4 Karl Mannheim: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, 2. Auflage, Bad Homburg/Berlin/Zürich 1967, S. 52 ff.

vor 1933 erläutern. Mein Erkenntnisinteresse ist aufzuzeigen, wie sich durch die Option für den bürgerlichen Machtstaat im politischen Denken dieser beiden führenden intellektuellen Vertreter des deutschen Bürgertums im Kaiserreich und in der Weimarer Republik der Prozeß der stufenweisen Zerstörung einer aufgeklärten politischen Kultur in Deutschland niederschlug. Im zweiten Teil gehe ich dann auf die Frage ein, wie auf diesem Hintergrund die gegenwärtigen Versuche in der Bundesrepublik zu beurteilen sind, zu einer neuen nationalen Identität zu gelangen.

Doch als erstes müssen die Kriterien benannt werden, in deren Perspektive sich der behauptete Niedergang der politischen Moral der traditionellen Eliten im Deutschland der Zwischenkriegszeit nachweisen läßt. Das Modell einer politischen Kultur, das Immanuel Kant in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelte, genügt dieser Anforderung in hervorragender Weise. Es stellt selbst eine mögliche Zielperspektive deutscher Geschichte dar, die freilich spätestens nach den gescheiterten Revolutionen von 1848 und 1918 zunächst unverwirklicht blieb. Und - nicht weniger wichtig - es läßt einen „überschießenden Gehalt“ erkennen, der repräsentativ für das Politikverständnis der Aufklärung insgesamt ist. Im einzelnen sehe ich es durch folgende Dimensionen charakterisiert:

1. Der Universalismus des kategorischen Imperativs: „Handle so, daß du wollen kannst, deine Maxime solle ein allgemeines Gesetz werden (der Zweck mag sein, welcher er wolle)“⁵, läßt sich nicht „privatisieren“; er normiert das private wie das politische Handeln gleichermaßen. Der angeblichen Eigengesetzlichkeit der „Staatsräson“, die sich von den Normen der universalistischen Moral abwendet, erteilt Kant also eine klare Absage. Umgekehrt setzt für ihn Politik als Ausfluß der Moral eine Praxis voraus, die ihren Zweck „nicht über-eilter Weise mit Gewalt“ erreichen will, sondern „sich ihm, nach Beschaffenheit der günstigen Umstände, unablässig zu nähern“ sucht.⁶

2. Kant bindet Politik an ein pluralistisches Vernunftkonzept. Das, was als „allgemeine“ Vernunft in Politik umgesetzt werden soll, ist nicht von vornherein vorgegeben, sondern erst durch freie und ungehinderte Diskussion im Medium der Öffentlichkeit zu ermitteln. In ihrem Rahmen gilt nur eine Autorität, nämlich die des besseren Arguments. Politik wird also bei Kant abhängig gemacht von der öffentlich erwiesenen Evidenz universal geltender Gründe, an deren Ermittlung sich jeder beteiligen kann, unabhängig von seinen politischen Überzeugungen, seiner ethnischen Zugehörigkeit oder seines religiösen Glaubensbekenntnisses. Die Umkehrung der bekannten Hobbesschen Formel, die auf Kant anwendbar ist⁷, nämlich: „Veritas non auctoritas facit legem“ (die Wahrheit, nicht die Amtsgewalt macht das Gesetz), sperrt sich also prinzipiell gegen jede Form der Ausgrenzung in Gestalt innen- und außenpolitischer Feindbestimmungen aller Art ebenso wie gegen die Reduktion der

5 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Werke (Anm. 3), S. 239.

6 A. a. O., S. 240.

7 Vgl. hierzu Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied und Berlin 1968, S. 117 ff.

Politik auf bloße Sozialtechnik oder auf die Exekution sogenannter „Sachzwänge“, mit der eine kleine Elite von Technokraten betraut wird.

3. Normen politischen Handelns, die aus Sitten und Gebräuchen, aus dem „common sense“ oder einer „Law-and-Order-Moral“ (Apel) herrühren, sind nicht bindend an sich: Sie werden es erst, wenn sie dem kritischen Rasonnement der einzelnen Vernunftträger und damit den Normen einer verallgemeinerungsfähigen Ethik standhalten.⁸ Kants Politikverständnis erteilte nicht nur allen Varianten des „gesunden Volksempfindens“ eine klare Absage, sondern auch einer „Verantwortungsethik“ und den ihr zuzuordnenden Sekundärtugenden wie Sauberkeit, Gehorsam, Ordnungsliebe, Sorgfalt, Tapferkeit und so weiter, die nur ein Ziel kennt: die einzelnen auf das Funktionieren innerhalb der gegebenen Institutionen zu verpflichten.

4. Nach Kant kann sich eine internationale Friedensordnung nur unter der Bedingung konsolidieren, daß die an ihr partizipierenden Staaten Republiken sind: Er meinte damit eine staatliche Einheit, deren inneres Konstitutionsprinzip aus der Idee des ursprünglichen Vertrages hervorgeht. Nur das aus der *volonte generale* der mündigen Bürger fließende Recht wird das staatliche Handeln so orientieren, daß es sich auch im internationalen Kontext an diesem orientiert.⁹ Tatsächlich ist die Friedensstiftung nicht nur für Kants politische Theorie, sondern für sein gesamtes philosophisches Werk konstitutiv.¹⁰

Dieses Modell einer politischen Kultur, deren vier Prämissen aufeinander verweisen, soll im folgenden die analytische Folie sein, auf der ich anhand ausgewählter Beispiele die politische Moral der bürgerlichen Oberschicht in Deutschland, wenn auch in stark vereinfachter Weise, vor der Entstehung und nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ diskutieren möchte. Dabei ist völlig unerheblich, ob das Modell selbst jemals voll verwirklicht wurde oder verwirklicht werden kann. Seine Funktion besteht ausschließlich darin, verallgemeinerungsfähige Kriterien einer politischen Moral zu konkretisieren, die es ermöglichen, politische Kultur differenziert zu beurteilen.

II.

Es sprengte den Rahmen dieses Aufsatzes, würde ich auf die komplexen Ursachen eingehen, die die Abwendung großer Teile des deutschen Bürgertums nach der Niederlage der 48er Revolution von jenem Modell einer aufgeklärten politischen Kultur bewirkte, das ich in groben Zügen skizziert habe. Doch charakteristisch ist, daß selbst ein Exponent des liberalen Bürgertums wie Max Weber, der 1917, also noch mitten im Ersten Weltkrieg, für eine deut-

⁸ Vgl. zu diesem Problemzusammenhang grundlegend Karl-Otto Apel: Zurück zur Normalität? Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas gelernt haben? Das Problem des (welt-)geschichtlichen Überganges zur postkonventionellen Moral in spezifisch deutscher Sicht, in: Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins (Anm. 2), S. 91-142.

⁹ Vgl. Kant: Zum ewigen Frieden (Anm. 5), S. 204 ff.

¹⁰ Vgl. Hans Saner: Kants Weg vom Krieg zum Frieden, Bd. 1: Widerstreit und Einheit. Wege zu Kants politischem Denken, München 1967.

sehe Demokratie eintrat, seine machtstaatsorientierte Haltung¹¹ beibehielt, an die Carl Schmitt, der Theoretiker des faschistischen Führerstaates, anknüpfen konnte. Mir geht es nicht darum, Max Weber als Vorläufer des deutschen Faschismus abzustempeln. Auf der anderen Seite darf jedoch nicht übersehen werden, daß aus Webers Suche nach der effektivsten Form des bürgerlichen Machtstaates, die er in der parlamentarischen Demokratie Englands ausmachen zu können glaubte, die Konsequenz des faschistischen Führerstaates gezogen werden kann, vor allem dann, wenn man - wie Weber - das Wesen der Politik im „ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art“¹² sieht.

Eben diesen Schritt hat Carl Schmitt getan. Seine Bedeutung liegt darin, daß er den Zerfall der politischen Moral großer Teile der traditionellen Eliten in Deutschland wie kein anderer auf prägnante Begriffe brachte: Was die konservative Rechte im Umkreis des Reichspräsidenten von Hindenburg durch die Übergabe der politischen Macht an Hitler vor aller Welt praktisch demonstrierte, bereitete Carl Schmitt im politischen Denken vor oder vollzog es legitimierend nach: die vollständige Aufgabe einer der Aufklärung verpflichteten politischen Kultur und ihre Ersetzung durch die faschistische Diktatur. Ich möchte diese These an zwei Eckpfeilern der politischen Theorie Carl Schmitts erläutern: an seinem Demokratieverständnis und an seinem Politikbegriff.

1. Bekanntlich reduzierte Max Weber „Demokratie“ auf eine besonders effektive Herrschaftstechnik im Dienste des bürgerlichen Machtstaates,¹³ deren eigentliches Zentrum das Führer-Gefolgschaftsverhältnis¹⁴ ist. Gleichzeitig achtete er aber darauf, daß der von plebiszitärem Vertrauen getragene politische Führer seine Machtgrenze in den liberalen Grundrechten der einzelnen¹⁵ findet und zugleich der Kontrolle des Konkurrenzkampfes der politischen Parteien untersteht; er lehnte also eine diktatorische Einparteienherrschaft ab. Demgegenüber versuchte Carl Schmitt nachzuweisen, daß das

11 Vgl. exemplarisch Max Weber: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede, in: ders., Gesammelte politische Schriften. Hrsg. v. Johannes Winkelmann, 5. Auflage, Tübingen 1988, S. 14: „Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art (...). Nicht in erster Linie für die Art der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir ihnen überliefern, werden unsere Nachfahren uns vor der Geschichte verantwortlich machen, sondern für das Maß des Ellenbogenraumes, den wir ihnen in der Welt erringen und hinterlassen. Machtkämpfe sind in letzter Linie auch die ökonomischen Entwicklungsprozesse, die Machtinteressen der Nation sind (...).“

12 Ebd.

13 Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: ders., Gesammelte politische Schriften (Ami. 11), S. 441 f. „Nur ein politisch reifes Volk ist ein ‚Herrenvolk‘: ein Volk heißt das, welches die Kontrolle der Verwaltung seiner Angelegenheit in eigener Hand hält und seine gewählten Vertreter die Auslese seiner politischen Führer entscheidend mitbestimmt (...). Nur Herrenvölker haben den Beruf, in die Speichen der Weltentwicklung einzugreifen.“

14 A. a. O., S. 348: „(...) nicht die vielköpfige Versammlung des Parlaments als solche kann ‚regieren‘ und die Politik ‚machen‘. Davon ist nirgends in der Welt die Rede, auch nicht in England. Die ganze breite Masse der Deputierten fungiert nur als Gefolgschaft für den oder die wenigen ‚leader‘, welche das Kabinett bilden, und gehorchen ihnen blind, solange sie Erfolg haben. Das soll so sein. Stets beherrscht das ‚Prinzip der kleinen Zahl‘, das heißt die überlegene politische Manövrierfähigkeit kleiner führender Gruppen, das politische Handeln. Dieser ‚cäsaristische‘ Einschlag ist (in Massenstaaten) unausrottbar“.

15 A. a. O., S. 333: Es sei, so Weber „eine gröbliche Selbsttäuschung, zu glauben, ohne diese Errungenschaften aus der Zeit der ‚Menschenrechte‘ vermöchten wir heute (auch der konservativste unter uns) überhaupt zu leben“.

Führer-Gefolgschaftsverhältnis erst dann als „wahre“ Demokratie gelten könne, wenn das Mehrparteiensystem des Parlamentarismus durch die Homogenität zwischen Herrschern und Beherrschten ersetzt wird. Eine solche Identität sei aber nur möglich durch die substantielle Gleichheit der Angehörigen des Volkes (Vorstellung gemeinsamer Rasse, Glauben, gemeinsames Schicksal und Tradition).¹⁶ Die entscheidende Pointe der Perversion des identitären Demokratiebegriffs bei Schmitt besteht nun aber darin, daß das homogene Volk zur Selbstherrschaft nicht taugt: Es kann nicht durch Selbstregierung politisch handlungsfähig werden,¹⁷ sondern nur durch eine „Elite“ (beziehungsweise einen „Führer“), die lediglich durch die angeblich „qualitative und substantielle Gleichheit“ mit den Herrschaftsunterworfenen verbunden sind.¹⁸ Damit entfallen die letzten institutionalisierten Kontrollmöglichkeiten, an die Weber das Führer-Gefolgschaftsverhältnis band: Sowohl die faschistische Einparteiherrschaft als auch die Diktatur eines einzelnen faschistischen Führers werden mit demokratischen Scheinweihen versehen, obwohl das Volk aller legalen Möglichkeiten beraubt ist, auf das Regierungshandeln kontrollierend einzuwirken.

2. Wie schon angedeutet wurde, stand Weber in der Tradition des imperialistischen Machtstaatsgedankens: Politik ist ihm zufolge der ewige Kampf der Rassen und Völker um die Verteilung der Welt. Zugleich schwächte er aber die aggressive Stoßrichtung dieses Ansatzes dadurch ab, daß er sich für das „Augenmaß in der Politik“ einsetzte. Praktische Klugheit sollte verhindern, daß die Dynamik der Politik unkontrollierbar wird. Diese Vorbehalte werden durch Carl Schmitts Theorie der Politik restlos beseitigt. Sein „Begriff des Politischen“ stellt die äußerste Steigerung des bürgerlichen Machtstaatsgedankens dar, der sich aller moralischen Kriterien, aber auch pragmatischer Korrektive, wie Weber sie vorsah, entzieht. Tatsächlich verdichten sich die Elemente des Schmittschen Politikbegriffs, die von der „Todesbereitschaft kämpfender Menschen“ bis zur „physische(n) Tötung von andern Menschen, die auf der Seite des Feindes stehen“,¹⁹ reichen, erst dann zu einem konsistenten Muster, wenn man nach dem Ziel fragt, auf das es bezogen ist: die innere und äußere Souveränität des bürgerlichen Machtstaates, die nach Schmitt erst dann verwirklicht ist, wenn er sich als fähig erweist, über den „Ausnahmestand“ zu entscheiden.²⁰ Diese Dezision aber ist, normativ

16 Carl Schmitt: Verfassungslehre, 6. unveränderte Auflage, Berlin 1983, S. 227: „Die politische Demokratie kann daher nicht auf der Unterschiedslosigkeit aller Menschen beruhen, sondern nur auf der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk, wobei diese Zugehörigkeit zu einem Volk durch sehr verschiedene Momente (Vorstellung gemeinsamer Rasse, Glauben, gemeinsames Schicksal und Tradition) bestimmt sein kann“.

17 A. a. O., S. 243 f: „Erst das wirklich versammelte Volk ist Volk und nur das wirklich versammelte Volk kann das tun, was spezifisch zur Tätigkeit dieses Volkes gehört: es kann akklamieren, das heißt durch einfachen Zuruf seine Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken, Hoch oder Nieder rufen, einem Führer oder einem Vorschlag zujubeln, den König oder irgendeinen anderen hochleben lassen oder durch Schweigen oder Murren die Akklamation verweigern“.

18 A. a. O., S. 235.

19 Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1963, S.49.

20 Vgl. Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre der Souveränität, 2. Auflage, München und Leipzig 1934, S. 11.

betrachtet, aus einem Nichts geboren. Gewiß, Schmitts Politikbegriff enthielt ursprünglich insofern eine Schranke, als der innerstaatliche Krieg mit dem Sieg über den „Feind“ „und der daraus folgenden Wiederherstellung gesellschaftlicher Homogenität beendet war“.²¹ Auch seine Kategorie der völkischen Homogenität ist nicht von vornherein auf einen rassistischen Inhalt festgelegt; aber sie konnte, wenn die Umstände es erforderten, einen solchen annehmen. Das war nach dem 30. Januar 1933 der Fall. Schmitt zögerte nicht, die immanente Selbstbeschränkung seines Politikbegriffs sowohl innen- wie auch außenpolitisch zu suspendieren, indem er ihn für die Rassenideologie der Nazis öffnete.

Die Zerstörung des politisch-ethischen Universalismus²² im Denken der traditionellen Eliten in Deutschland, wie sie sich in den politischen Schriften Carl Schmitts bricht, konnte radikaler nicht sein. Der kategorische Imperativ als moralische Instanz politischen Handelns wurde durch die normativ ungebundene Deziision des Diktators ebenso ersetzt wie die Gleichheit aller vor dem Gesetz durch die „substantielle Artgleichheit“. Politik als kommunikative Praxis (Habermas) räsionierender einzelner mußte einem Führer-Gefolgschaftsverhältnis ebenso weichen wie das autonome Handeln der Bürger einer Vorherrschaft bloßer Sekundärtugenden: Sie hemmten oder verhinderten den Widerstand selbst dann noch, als der offene Völkermord auf der politischen Tagesordnung stand. Und der ethische Primat der Friedensstiftung und -Sicherung, der im Zentrum des Kantschen Politikbegriffs steht, wurde durch einen expansiven Vernichtungskrieg negiert, der in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist. Es mag ja so sein, wie der Historiker Andreas Hillgruber behauptet, daß sich die Kriegsziele des „Gros der alten deutschen Führungsschicht“ von denen der Nazis unterschieden: Während diese „in dem Verlangen nach einer ‚Revision‘ des Versailler Vertrages befangen (war) und den Krieg als einen rein machtpolitischen Vorgang zur Gewinnung einer deutschen Hegemonialstellung auf dem europäischen Kontinent sah“, sei er für einen großen Teil der nationalsozialistischen Führung, insbesondere für die SS, „Mittel einer ‚völkischen Flurbereinigung‘, einer rassistischen Neugestaltung Europas durch Aus- und Umsiedlungen großen Stils“²³ gewesen. Doch diese Differenzierung kann die Mitverantwortung der konservativen Führungseliten für die Entstehung und Stabilisierung des Naziregimes nicht mindern: Ihre „moralische Indifferenz“²⁴ begünstigte entscheidend jene menschenverachtende Aufhebung aller Kontrollen politischer Gewalt, die Auschwitz erst möglich machte.

21 Volker Neumann: Der Staat im Bürgerkrieg. Kontinuität und Wandlung des Staatsbegriff s in der politischen Theorie Carl Schmitts, Frankfurt/New York 1980, S. 153.

22 Vgl. hierzu grundlegend Dietrich Böler: Die deutsche Zerstörung des politisch-ethischen Universalismus. Über die Gefahr des — heute (post-)modernen — Relativismus und Deziisionismus, in: Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins (Anm. 2), S. 166-216.

23 Andreas Hillgruber: Jürgen Habermas, Karl-Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 338.

24 Hans Mommsen: Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 169.

III.

Der Versuch der traditionellen Eliten in Deutschland, ihre politische Identität durch die bedingungslose Option für den imperialistischen Machtstaat zu gewinnen, endete 1945 in der größten Katastrophe der deutschen Geschichte. Allerdings blieb eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung aus: Der Faschismus wurde nicht -wie in Italien - von innen gestürzt; auch kam es nicht zu einer revolutionären Massenbewegung gegen das alte Regime wie nach dem Ersten Weltkrieg. Zugleich überstanden die traditionellen Eliten den Umsturz unversehrt: Sie wurden-von Ausnahmen abgesehen-in ihren Funktionen als „staatstragende“ Schicht in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Justiz erneut bestätigt; daß bis auf den heutigen Tag nicht ein einziger Richter des berüchtigten nationalsozialistischen Volksgerichtshofs zur Verantwortung gezogen worden ist, spricht für sich selbst. Dennoch ist eine entscheidende Umorientierung bei der Neugestaltung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht zu übersehen: Die Väter und Mütter des Grundgesetzes kehrten sich bewußt vom Erbe des souveränen Machtstaates der neueren Geschichte ab und bekannten sich ohne Einschränkung zu den universalistischen Verfassungsprinzipien der Aufklärung. Tatsächlich gibt es in Deutschland keine Verfassung, die sich den Postulaten einer aufgeklärten politischen Vernunft, wie Immanuel Kant sie vertrat, mehr annäherte als das Bonner Grundgesetz. Die Suche „nach vagen Identitäten in der deutschen Geschichte vor 1918“²⁵ wurde selbst von den Vertretern der fortgeschrittensten Variante des bürgerlichen Konservatismus in den fünfziger und sechziger Jahren aufgegeben: Führende Theoretiker dieses Lagers wie Hans Freyer, Arnold Gehlen und Helmut Schelsky verkündeten den Beginn eines „Post-Histoire“, eines nachgeschichtlichen Zeitalters; sie ersetzten die historisch vermittelte „nationale Identität“ der Deutschen durch Disziplin und Hierarchien erzwingende sozio-technische Makrostrukturen, die sie „sekundäres System“ (Freyer), „SuperStrukturen“ (Gehlen) oder „technischer Staat“ (Schelsky) nannten.²⁶ Im übrigen akzeptierten auch sie das westliche Muster einer pluralistischen Konkurrenzdemokratie.

Allerdings hatte dieser die wichtigsten politischen Lager übergreifende Konsens zwei entscheidende gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Bundesrepublik Deutschland erlebte seit den fünfziger Jahren eine Phase ununterbrochenen Wirtschaftswachstums, das den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu garantieren schien. Hinzu kam, daß die Phase des sogenannten „Wirtschaftswunders“ zeitlich zusammenfiel mit der Periode des Kalten Krieges. Dessen militanter Antikommunismus, der sich im Feindbild „Sowjetunion“ und „DDR“ konkretisierte, verstärkte die durch materiellen Wohlstand begründete Entschärfung der sozialen Konflikte entscheidend. In dem Maße nun, wie diese konsensstiftenden Mechanismen an Glaubwürdigkeit verloren, als ab Mitte der siebziger Jahre Wirtschaftskrise und Entspannungs-

25 Kurt Sontheimer: Maskenbildner schminken eine neue Identität, in: "Historiker-Streit" (Anm. 1), S. 279.

26 Vgl. hierzu Richard Saage: Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, Frankfurt 1987, S. 233-238 sowie S. 252-257.

politik zu unübersehbaren Tatsachen wurden, reagierte ein wichtiger Teil der konservativen Eliten in der Bundesrepublik in charakteristischer Weise: Er kündigte das Einvernehmen, daß die den sozialen Frieden verbürgende Identität der Deutschen durch ihre Ineinssetzung mit den universalistischen Verfassungsprinzipien der Aufklärung oder mit den ahistorischen Strukturen eines sozio-technischen „nachgeschichtlichen Zeitalters“ möglich sei. Es erweise sich, so brachte der Erlanger Historiker Michael Stürmer diese Aufkündigung auf den Begriff, „daß die technokratische Geringschätzung der Geschichte von rechts und ihre progressive Erwürgung von links die politische Kultur des Landes schwer schädigten“.²⁷ „Der Pluralismus der Werte und Interessen“ treibe, „wenn es keinen gemeinsamen Boden in Vergangenheit und Zukunft mehr gibt, (. . .) früher oder später in Kämpfe, die das Gemeinwesen in Frage stellen.“²⁸ Und besorgt warf er die Frage auf, ob heute „jene Volksfront und Antifa-Mythologie wieder Zukunft in Medien und Parteien“ hat, „der zu widerstehen die Demokraten von 1949, was immer sie sonst trennte, einig waren“.²⁹

Die Antwort auf die Frage, was an die Stelle der alten Konsensmuster treten soll, ist bekannt: Es geht im Kern darum, eine nationale Identität der Deutschen dadurch zu stiften, daß es ihnen ermöglicht wird, ohne kritische Vorbehalte wieder an ihre jüngere Geschichte anzuknüpfen. Ein Gemeinwesen, das sich von seiner Geschichte abspalte, könne im Bewußtsein seiner Bürger nicht überdauern.³⁰ Daher sei es das politische Gebot der Stunde, „daß wir unsere Geschichte wieder kennenlernen“³¹: Die große Suche nach Identität fange im Klassenzimmer an und sie höre in der Weltpolitik auf.³² Scheiterten die Deutschen, sich „auf einen elementaren Lehrplan der Kultur“ zu einigen, so könnte es sein, „daß die Bundesrepublik Deutschland den besten Teil ihrer Geschichte hinter sich hat“.³³ Die innere Stabilität der deutschen Republik und ihre außenpolitische Kontinuität stünde in diesem Fall auf dem Spiel. „In einem Land ohne Erinnerung“ sei „alles möglich“.³⁴ Der Forderung nach einem möglichst einheitlichen Geschichtsbild entspricht das Postulat, daß sich die Deutschen mit ihrer Geschichte insgesamt, das heißt mit ihren guten und schlechten Seiten zu identifizieren haben. Schon einmal hätten, so machte ein anderer Historiker geltend, die Verfassungspatrioten der ersten Republik den Nationalisten nichts entgegenzusetzen gehabt. Daher komme es darauf an, die *ganze* Geschichte zu erzählen und zu erklären. „Dazu gehören Freiheit *und* Ein-

27 Michael Stürmer: Geschichte in einem geschichtslosen Land, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 38.

28 Michael Stürmer: Berlin und Bonn: Suche nach der deutschen Geschichte, in: ders., Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München 1986, S. 293.

29 Michael Stürmer: Was Geschichte wiegt, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 295.

30 Michael Stürmer: Zwei Staaten in Deutschen - zwei deutsche Geschichten?, in: ders., Dissonanzen (Anm. 28), S. 252.

31 Michael Stürmer: Die Suche nach einem Daseinszweck. Über das schwierige Verhältnis von Politik und Kultur, in: Dissonanzen (Anm. 28), S. 285.

32 A. a. O., S. 284.

33 Michael Stürmer: Braucht die Republik eine Mitte? Von den geistigen Tauschplätzen einer Zivilisation, in: ders., Dissonanzen (Anm. 28), S. 276.

34 Stürmer, Geschichte (Anm. 27), S. 36.

heit, Verfassung *und* Nation, aber auch Auschwitz *und* Weimar".³⁵ Fluchtpunkt dieser neuen nationalen Identität ist die Wiedervereinigung. Ihr hat die Historie dadurch Rechnung zu tragen, daß sie das Gegenbild zur DDR-Geschichtswissenschaft entwirft; laufe für sie die Gesamtentwicklung auf ein sozialistisches Gesamtdeutschland hinaus, so komme es für die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft darauf an, sich an der Perspektive eines wiedervereinigten Deutschlands „auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts" zu orientieren, die es eines Tages zur Geltung zu bringen heiße.³⁶

Es steht außer Zweifel, daß die neue deutsche Identität in den Augen ihrer Protagonisten nur dann eine Chance hat, wenn es gelingt, die kritische Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich" zu beenden. Niemand wird behaupten können, die gegenwärtige Bundesregierung habe eine harmonisierende Sprachregelung bei der Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich" gleichsam offiziell verordnet. Aber übersehen werden darf nicht, daß das Spektrum derer, die sie propagieren, von konservativen Spitzenpolitikern über wichtige Presseorgane wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bis hin zu renommierten Historikern reicht. So führte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfred Dregger, in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 10. September 1986 aus: „Besorgt machen uns Geschichtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit der eigenen Nation gegenüber. Ohne einen elementaren Patriotismus, der anderen Völkern selbstverständlich ist, wird auch unser Volk nicht leben können. Wer die sogenannte ‚Vergangenheitsbewältigung', die gewiß notwendig war, mißbraucht, um unser Volk zukunftsunfähig zu machen, muß auf unseren Widerstand stoßen."³⁷ In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde bedauert, „daß die Öffentlichkeit, allen Ermunterungen von politischer Seite zum Trotz, aus dem Schatten, den Hitler und die unter ihm verübten Verbrechen geworfen haben, noch lange nicht heraus ist."³⁸ In derselben Zeitung wurden im Sommer 1986 lange Artikel und Leserbriefe abgedruckt, die nur ein Ziel hatten: zu dementieren, was in der seriösen historischen Forschung außer Frage steht, daß das „Dritte Reich" und sein „Führer" die Hauptverantwortlichen an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges sind. Nicht zufällig ist bei einem Teil der bundesrepublikanischen Historiker die Rückkehr zu einem Historismus Rankescher Prägung angesagt. In der methodologischen Perspektive des Erkenntnisinteresses herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen ist", erhalten „die Epochen deutscher Geschichte vor 1933 (...), ohne Kontinuitäten im historischen Verlauf auch nur annähernd zu übersehen, ihr Eigenleben zurück und lösen sich aus dem Banne der ‚braunen' Vergangenheit, die für sie offene Zukunft war".³⁹ Nur hingewiesen sei ferner auf jene

35 Hagen Schulze: Fragen, die wir stellen müssen. Keine historische Haftung ohne nationale Identität, in: „Historiker-Streit" (Anm. 1), S. 149.

36 Andreas Hillgruber: Für die Forschung gibt es kein Frageverbot, in: „Historiker-Streit" (Anm. 1), S. 240 f.

37 Zitat nach Martin Broszat: Wo sich die Geister scheiden, in: „Historiker-Streit" (Anm. 1), S. 194.

38 Joachim Fest: Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen, in: „Historiker-Streit" (Anm. 1), S. 100.

39 Klaus Hildebrand: Wer dem Abgrund entrinnen will, muß ihn aufs genaueste ausloten. Ist die neue deutsche Geschichtsschreibung revisionistisch?, in: „Historiker-Streit" (Anm. 1), S. 282.

konzeptionellen Ansätze, die die deutsche Katastrophe von 1945 nicht mit den autoritären Tendenzen der traditionellen Eliten, wie sie sich vor allem im Kaiserreich herausbildeten, in Verbindung bringen, sondern wesentlich auf die europäische Mittellage Deutschlands zurückführen: Das deutsche Reich im „Herzen Europas“ habe 1871 eine tiefgreifende Gleichgewichtsstörung und damit permanente Krisen ausgelöst.⁴⁰ Auch auf die Versuche⁴¹ von Ernst Nolte und Joachim Fest, Auschwitz durch einen behaupteten Kausalzusammenhang mit dem roten Terror der Bolschewiki im Bürgerkrieg zu relativieren und in den großen Zusammenhang totalitärer Gewaltverbrechen von Stalin bis Pol Pot einzuordnen, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Sie sind der Öffentlichkeit, auch im internationalen Kontext, hinreichend bekannt. Die Stoßrichtung aller dieser Bemühungen ist offenkundig: Einerseits soll die NS-Diktatur zu einer „Normaltyrannie“ (Euchner) heruntergestuft und andererseits der Nachweis erbracht werden, daß es „tausend Jahre heiler Geschichte jenseits des Nationalsozialismus“ gibt.

Angesichts dieser Tendenzen stellt sich die Frage, ob ein Teil der konservativen Eliten in der Bundesrepublik von der unheilvollen Tradition ihrer Vorfahren im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ wieder eingeholt worden ist. Haben wir es mit einer deutsch-nationalen Renaissance im neuen Gewand zu tun? Diese Frage ist nicht mit einem einfachen „ja“ oder „nein“ zu beantworten. Fest steht, daß es eine solche Kontinuität insofern gibt, als, wie Jürgen Habermas es treffend ausdrückte, „auch die Nachgeborenen in (. . .) jenem Lebenszusammenhang (aufgewachsen sind), in dem Auschwitz möglich war.“⁴² Die Richtigkeit dieser Aussage wird durch die Sprache vieler konservativer Politiker bestätigt. Es gibt zu denken, wenn der CSU-Politiker Edmund Stoiber angesichts der Asylanträge verfolgter Ausländer das Schreckgespenst einer „durchmischten und durchrassten Gesellschaft“ beschwört und Bundeskanzler Kohl im Parlament die Opposition mit dem Vorwurf zu stigmatisieren sucht, sie betreibe „Volksverhetzung“. Die nachträgliche Distanzierung von diesen Termini kann den Skandal nicht verdecken, daß sie benutzt wurden. Unbestreitbar ist auch, daß das Verhältnis vieler Konservativer zum Universalismus der Aufklärung als gebrochen, wenn nicht sogar als ablehnend charakterisiert werden muß. Nicht zufällig geht es insbesondere der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ um eine Rehabilitierung jener Autoren, die - wie Carl Schmitt, Hans Freyer und andere - in der Tradition der deutschen Gegenaufklärung standen und die maßgeblichen Anteil an der Zerstörung der politischen Moral der traditionellen Eliten in Deutschland

40 Vgl. hierzu Michael Stürmer: *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918*, Berlin 1983 sowie Hagen Schulze: *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Berlin 1982. Zur Kritik an diesem Ansatz vgl. Jürgen Kocka: Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 138 ff., und Hans-Jürgen Puhle, Die neue Ruhelosigkeit: Michael Stürmers nationalpolitischer Revisionismus, in: *Geschichte und Gesellschaft* Bd. 13 (1987), S. 382-399.

41 Vgl. u. a. Ernst Nolte: *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 39-47 sowie Fest: *Die geschuldete Erinnerung* (Anm. 38), S. 100-112.

42 Jürgen Habermas: *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf*, in: „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 247.

hatten. Es war gewiß ein Akt symbolischer Politik, wenn der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Ernst Jünger offiziell zum 90. Geburtstag gratulierte und derselbe Schriftsteller, der einer der dezidiertesten Gegner der Weimarer Republik und entschiedener Verfechter des militaristischen Machtstaatsgedankens war, den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt erhielt.

Den offenkundigen Kontinuitäten mit der deutsch-nationalen Hegemonie vor 1933 stehen wichtige Differenzen gegenüber: Nicht einer der Autoren, die 1986 während des „Historiker-Streits“ Partei ergriffen für eine „Normalisierung“ der jüngeren deutschen Vergangenheit, hat sich gegen die im Grundgesetz verankerte parlamentarische Demokratie und gegen die politische Westbindung der Bundesrepublik ausgesprochen. Selbst die Versuche, „sich den Wegen nationaler Machtpolitik zu nähern“⁴³, sind mit dem imperialistischen Vormachtstreben der traditionellen Eliten in der Nachfolge Bismarcks kaum zu vergleichen: Ihr Ziel ist vielmehr, das faktisch bestehende machtpolitische Gewicht der Bundesrepublik als „Mittelstück eines europäischen Verteidigungsbogens des atlantischen Systems“⁴⁴ mit einer nationalkonservativen Identität nach innen und außen ideologisch zu untermauern. Ob indes dieser Versuch erfolgreich sein wird, ist äußerst fraglich. Wenn der Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Joachim Fest, dem Sozialphilosophen Jürgen Habermas vorwirft, er greife „tief gefangen in den Geisterkämpfen von gestern und vorgestern“, auf „fossile Kategorien“⁴⁵ zurück, so könnte er sich gründlich irren: Noch nie in der Geschichte haben sich in Europa zentrale innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Entwicklungstrends so stark den universalistischen Prinzipien der Aufklärung angenähert wie in der Gegenwart. So hegt der Versuch, ein möglichst einheitliches Geschichtsbild als sinnstiftenden Rahmen einer neuen nationalkonservativen Identität zu kreieren, nicht nur quer zum Selbstverständnis der heranwachsenden Generation. Er findet auch in der pluralistischen Struktur einer westlichen Industriegesellschaft, wie die Bundesrepublik sie darstellt, eine unübersteigbare Grenze. Wenn sie sich schon jetzt in ökonomischer und technischer Hinsicht mit den anderen Ländern der europäischen Gemeinschaft verzahnt, dann ist auch eine stärkere kulturelle Integration, die mehr auf eine gesamteuropäische Identität hindeutet, absehbar.

Im übrigen hat der Ausgang des Historiker-Streits von 1986 gezeigt, daß - im Unterschied zur Weimarer Republik - von einer monolithischen deutsch-nationalen Hegemonie der Funktionsebenen in der Bundesrepublik nicht die Rede sein kann. Wenn die Historiker Broszat, Grab, Mommsen, Jäckel, Kocka, Wehler, Winkler und andere der Öffentlichkeit verdeutlicht haben, daß nicht ein einziges Argument, das zur Begründung einer Revision des kritischen Geschichtsbildes der jüngsten deutschen Vergangenheit vorgetragen wurde, einer sachlichen Prüfung standhält, so hatte dies Folgen: Ihre Kritik trug entscheidend dazu bei, daß die Protagonisten der Gegenseite in die Defensive

43 Mommsen: Suche (Attn. 24), S. 172.

44 Stürmer: Geschichte (Anm. 27), S. 38.

45 Fest: Die geschuldete Erinnerung (Anm. 38), S. 110.

gedrängt wurden. Es gelang nicht, den Deutschen im gewünschten Maß „die Schamröte (. ..) aus(zu)treiben.“⁴⁶ Offenbar sind die demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik so fest im Bewußtsein eines beträchtlichen Teils ihrer Bevölkerung verankert, daß sie den neokonservativen Angriffen standzuhalten vermögen. So gesehen, gehört das Projekt einer politischen Kultur, wie Immanuel Kant sie entwickelt hat, zu jenen Zukunftsaufgaben der Bundesrepublik, deren Realisierung vielleicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte nicht ganz chancenlos ist.

46 Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in „Historiker-Streit“ (Anm. 1), S. 75 f.